„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für's Ausland:	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen, „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Geduld und Duldsamkeit notwendig zum Aufbau Canadas

An die Adresse der nationalistischen Hetzer.

Die Notwendigkeit einer deutschen Zeitung in Canada zeigt sich gerade dann am deutlichsten, wenn es gilt, für unser Recht als Deutschcanadier auf canadischem Boden zu kämpfen. Zwar hat man uns in der letzten Zeit weniger direkt angegriffen, aber indirekt werden auch wir von der methodistischen Wühlerei gegen die „Foreigners" in Mitleidenschaft gezogen. Der Courier hat in seiner vorhergehenden Nummer den klaren und vernünftigen Standpunkt der Deutschcanadier gegenüber diesen Verhetzungsmanövern zum Ausdruck gebracht. Der Courier hat auch die tieferliegende Ursache dieser Friedensstörungen enthüllt, sodaß wir eigentlich heute zur Tagesordnung übergehen könnten. Aber unsere Gegener haben sich noch nicht zur Ruhe begeben. Folglich sind auch wir gezwungen, zum alten Thema zurückzukehren.

Die Saskatchewan Methodist-Konferenz in Regina hat nämlich bei Behandlung der Einwanderungsfrage dieselbe Engherzigkeit und Einseitigkeit an den Tag gelegt, wie sie in den vorangegangenen Tagen aufgefallen war. Niemand wird es den Methodisten verargen und verwehren wollen, wenn sie nach dem Vorbilde der Katholiken, Lutherischen und Mennoniten sich gleichfalls um die Einwanderung ihrer methodistischen Glaubensbrüder anzunehmen gedenken. Auf der Konferenz kam jedoch bald wieder der Pferdefuß zum Vorschein, als Rev. T. W. Johnson ein Klagelied über die ukrainischen Einwanderer anstimmte. Vor einem Monat sei, so erzählte er, ein ukrainisches Mädchen ins Land gekommen und heute sei es schon verheiratet. Liebe Leser, ist das nicht fürwahr schrecklich? Ganz Canada bebt in seinen Grundfesten ob einer so welterschütternden Mitteilung. Aus dieser schnellen Heirat des ukrainischen Mädchens schloß Rev. T. W. Johnson, daß unbedingt mehr englischsprechende Leute ins Land gebracht werden müßten. Rev. John Lewis, ein anderer Methodistenprediger, berichtete von einem außerordentlich ernsten Fall. Da habe nämlich ein Farmer einen Arbeiter aus dem „Old Country" gewollt und habe statt des gewünschten Engländers einen Holländer erhalten. Es sei aber, bemerkte Rev. J. Lewis ein großer Unterschied für den Westen, ob er Holländer oder Briten erhalte.

Wir sind entgegengesetzter Meinung, weil wir nicht das Wohl einer Sekte, sondern das Wohl und Gedeihen ganz Canadas im Auge haben. Deswegen erklären wir: Unser canadischer Westen, der trotz aller Fortschritte immer noch in den Kinderschuhen der Entwicklung steht, sollte nicht danach fragen, woher ein Einwanderer kommt, sondern was er auf Grund seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten für unser Land leisten kann. Wir brauchen im Westen noch gewaltige Menschenmassen zur gründlichen Kultivierung des Bodens und zum Aufbau eines mächtigen Volkes. Die Besten und Tüchtigsten aus allen Nationen sind gerade gut genug für uns. Daher müssen wir von Herzen dankbar sein für jeden neuen Einwanderer ohne Unterschied der Herkunft, der mit ehrlichem Willen und ganzer Kraft sich in den Dienst des neuen Landes stellt, dürfen ihm aber nicht durch engherzigen nationalistischen Geist das Leben verbittern. Die methodistischen Führer könnten für Canadas Zukunft unendlich viel leisten, wenn sie diesen Geist des Rassen- und Völkerhasses in den Reihen ihrer Anhänger bekämpfen würden. Diese Herren sollten sich die Worte zu Gemüte führen, die anläßlich des Besuches der „Canadian daily Newspapers Association" in Regina John Markey, der Redakteur der „Woodstock Sentinel-Review", gesprochen hat. Man könnte stellenweise fast glauben, er habe unseren letzten Courierartikel „Die Foreigner-Hetze in neuer Auflage" gelesen; denn verschiedene Gedanken entsprechen dem, was wir darin geäußert haben. John Markey sagte u. a.:

> „Unwissenheit und Vorurteil haben die Schwierigkeiten (beim Aufbau einer canadischen Nation) unendlich vermehrt. Wenn die Canadier die Selbstverwaltung zu etwas Besserem machen wollen als sie heute ist, müssen sie ihre Wähler erziehen. Die Einwanderungsfrage spielt hier stark mit herein. Können die Einwanderer erzogen werden? Bringt das System der „public schools" 100-prozentige Canadier hervor? Das ist nicht der Fall. Die Erfahrung der Ver. Staaten z. B. beweist, daß es kein Schmelztiegel für die verschiedenen Nationalitäten ist. Nicht einmal ein oder zwei Generationen werden das ausländische Rohmaterial in canadische Bürger verwandeln. Zu einem guten Aufbau ist Geduld nötig. Die canadische Gemeinschaft kann nicht in einem Tag errichtet werden. Der Geist der Duldsamkeit muß hinzukommen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Canadier haben die größte Aufgabe übernommen, die je ein Volk hatte, nämlich eine Zivilisation zu begründen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat."

Diese Mahnung zur Geduld und Duldsamkeit dürfen sich die Methodisten ebenso wie die englischcanadischen Blätter vom Schlage der „Free Preß Prairie Farmer" in Winnipeg hinter die Ohren schreiben. Dieses Blatt hat in seiner letzten Wochenausgabe schon wieder den Ausdruck „Huns" gebraucht und zwar in der Ueberschrift: „Gives Compensation Money Back To Huns." Obwohl der Weltkrieg schon bald sechs ganze Jahre beendet ist, bewirft die „Free Preß Prairie Farmer" uns Deutschcanadier noch mit Schmutz. Da sollte unseren Freunden doch allmählich der Geduldsfaden reißen und sie sollten sich solche Schimpfworte ein für allemal ganz energisch verbitten. Den stärksten Eindruck macht es, wenn man diesen englischen Zeitungen zeigt, wo der Zimmermann das Loch gemacht hat. Man darf schließlich auch von den maßgebenden Regierungsstellen erwarten, daß sie endlich einmal sich zum Schutze der anderssprachigen Bürger aufraffen und den immer wiederkehrenden Anpöbelungen nachdrücklichst entgegentreten.

Wenn Canada uns und vielen anderen zu einer zweiten Heimat werden soll, wenn wir uns wohl fühlen sollen in diesem Lande, dann müssen wir das freudige Bewußtsein der wirklichen Gleichberechtigung mit den übrigen Bürgern empfinden. Damit beanspruchen wir für uns nur das, was wir gerne auch allen anderen Canadiern zuerkennen. Geduld und Duldsamkeit werden wir in dem gleichen Maße üben, in dem sie uns entgegengebracht werden.

Albanische Revolution bietet Stoff zu neuem Balkan-Konflikt

Nach Privatmeldungen aus Albanien sollen die Mitglieder der albanischen Regierung sich über das Adriatische Meer geflüchtet und in Bari, Süd-Italien, einstweilen Aufenthalt genommen haben. Die Trupppen der revolutionären Nationalisten sollen Tirana besetzt haben. Eine weitere Meldung berichtet die Ermordung des Präsidenten der albanischen Nationalversammlung durch Revolutionäre.

Der britische Gesandte in Athen hat der Londoner Regierung mitgeteilt, daß Griechenland die Absicht hat, in Albanien einzurücken, um seine dortigen Interessen zu schützen, falls die Belgrader Regierung ihren Plan, gewisse Zonen in Albanien zu besetzen, ausführt.

Von anderer Seite wird erklärt, daß bei dem Erfolg der jetzt von den albanischen Nationalisten durchgeführten Revolution jene Partei, welche sich die Errichtung einer Monarchie in Albanien zum Ziel gesetzt hat, endgültig besiegt werden würde. Die Nationalisten erstreben für das Land die republikanische Regierungsform und wollen der bestehenden Regierung den Garaus machen.

Während anscheinend Serbien und Griechenland auf die passende Gelegenheit warten, um in Albanien, unter dem Vorwand der Gefährdung der Sicherheit ihrer Staaten durch die albanischen Wirren, einzumarschieren, nimmt Italien eine ruhigere Haltung ein. Es wurde in Rom erklärt, daß die Regierung die Vorgänge in Albanien wohl aufmerksam verfolgt, aber sich nicht einmischen werde, solange es sich bei den Unruhen bloß um eine gegenseitige Bekämpfung zweier gegnerischer politischer Parteien handle.

Zur Lage im Innern Albaniens wird noch erklärt, daß Albanien durch den Weltkrieg insofern berührt wurde, als es durch die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie um seinen mächtigen Schutzherrn gekommen war. Durch das Friedensdiktat verlor Albanien mehrere Gebietsteile rein albanischen Charakters, die an Serbien abgetreten werden mußten. Durch diese Gebietsabtretung verlor das ohnehin schwach bevölkerte Land eine rund 500,000 Köpfe zählende ackerbautreibende Bevölkerung. Nachdem Albanien Ende 1921 in den Völkerbund aufgenommen worden war, wurde dem Land von der Liga ein Finanzbeirat zur Verfügung gestellt.

Die Errichtung der Bank von Albanien und die an die österreichische und deutsche Organisation angelehnte Kleinindustrie brachten es mit sich, daß die albanische Regierung seit dem Jahre 1918 von Konzessionsjägern aus allen Ländern stark umlagert wurde. Englische und amerikanische Gesellschaften verlangten die Ausbeutung von bereits entdeckten Petroleumvorkommen, deutsche Unternehmer bewarben sich um den Bau einer etwa 620 Meilen langen Eisenbahn, während französische Tabakshändler sich auf die Tabaksproduktion stürzten. Albanien ist der einzige Staat Europas, der bisher keine das ganze Land kreuzende Bahnstrecke besitzt. Bisher wurden Konzessionen zur Vornahme von Rohöl-Schürfungen auf Flächen von insgesamt 22,000 Acker erteilt. Die meisten Unternehmungen in Albanien besitzen die Italiener. Die Abforstung des Waldes Schwerdet bei Mamuras in der Nähe von Kroja wurde anfangs dieses Jahres einer deutschen Gesellschaft übertragen und Schweizer und Oesterreicher erhielten Schürfbewilligungen nach Kupfer, Silber und Kohle. Für die Masse der Bevölkerung Albaniens bilden Ackerbau, Vieh- und Fischzucht den Lebensunterhalt.

Nur die russischen Bauern können die Moskauer Regierung stürzen

Oberst Max Bauer, der Vater der großen „Bertha"-Kanonen, die Paris beschossen haben, einer der fähigsten und bekanntesten Offiziere des Generalstabes und die rechte Hand des Gen. von Ludendorff während des Krieges, ist kürzlich von Moskau, wo er auf die besondere Einladung Trotzkys zehn Wochen verbracht hat, zurückgekehrt. Es wird befremden, daß Trotzky Bauer, der das Haupt des Stabes in Kapps reaktionärer, anti-bolschewistischer Revolution in Berlin im Jahre 1920 war, einladet, nach Rußland zu kommen. Die Erklärung ist da zu suchen, weil Oberst Bauer ein bekannter Militär-Expert ist und während des Krieges Deutschlands größte militärische industrielle Autorität war. Der Oberst hat während des Krieges die deutschen Industrien organisiert und mobilisiert. Bauer sagte: „Die Sowjet-Regierung kann nur von den Bauern gestürzt werden. Diese sind aber von dem Glauben beseelt, daß eine monarchistische Regierung ihnen ihr Land wieder wegnehmen würde. Sie hassen die „weißen Russen" mehr als die Sowjets. Trotzky ist die Seele der russischen Armee und die Sowjet-Regierung hat die Armee fest in ihren Händen." In Bezug auf seine Beobachtungen sagte Bauer: „In Rußland fand ich einen großen Unterschied zwischen dem, was ich erwartete zu sehen und was ich in Wirklichkeit sah."

Rückgang in amerikanischen Industrien

Einschränkung der Betriebe.

Die geschäftliche Tätigkeit zeigt nach den Berichten verschiedener Industrien der Ver. Staaten in den letzten Wochen einen Rückgang. Es wurde nur wenig Betriebsmaterial für Industrien und Bahnen angekauft und die Stahlindustrie hat ihre Betriebe weiter einschränken müssen, Aehnlich lauten die Meldungen der Automobilindustrie und der Fabriken, in denen Stahlprodukte verarbeitet werden.

Das amerikanische Eisen- und Stahl-Institut berichtet, daß die Erzeugung von Stahlblöcken im Mai um 24 Prozent gegen April und um 43 Prozent gegen Dezember v. J. zurückgegangen ist. Im Mai wurden in 27 Arbeitstagen 2,628,261 Tonnen produziert, gegen 3,333,535 Tonnen in 26 Arbeitstagen im April d. J. und gegen 4,216,355 Tonnen in 27 Arbeitstagen im Mai 1923.

Die tägliche Stahlproduktion von 97,343 Tonnen im Mai war die niedrigste seit Februar 1922. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden 17,592,562 Tonnen Stahl produziert, gegen 19,559,709 Tonnen in der gleichen Periode des vorigen Jahres.

Eine ganz ungewöhnliche, in diesem Maße noch nie vorher aufgetretene Einschränkung der Roheisenindustrie war im Mai zu verzeichnen. Die tägliche Produktion an Roheisen betrug im Mai um 24,000 Tonnen weniger als im April. Der tägliche Produktionsrückgang war um 1000 Tonnen größer als zur Zeit des Stahlstreikes im Jahre 1919. In den ersten drei Monaten des Jahres wurden 39 und im April und Mai 86 Hochöfen abgelöscht.

Die Stahlwerke in den Vereinigten Staaten sind jetzt nur bis zu 45 Prozent der normalen Leistungsfähigkeit beschäftigt, während dieser Prozentsatz Ende März noch 95 Prozent und Ende des vorigen Jahres, bevor die Ueberproduktion einsetzte, 65 Prozent betrug. Bestellungen gehen sehr langsam ein, aber genaue Beobachter glauben, daß die in den ersten drei Monaten dieses Jahres angehäuften Vorräte in den Stahlwerken bis Mitte Juli zum größten Teil abgesetzt sein werden. In der Roheisenindustrie sind aber keine Anzeichen einer erhöhten Geschäftstätigkeit wahrzunehmen.

In der Automobilindustrie dauert der im April begonnene stille Geschäftsgang an. Das Maigeschäft war sehr flau. Im April wurden 36 Prozent weniger Kraftwagen hergestellt als im März und im Mai 19 Prozent weniger als im April.

Weltumschau

Deutschland.

Die Diskontogesellschaft veröffentlicht einen sensationellen Bericht über die Wirtschaftslage, in dem erklärt wird, daß eine Beilegung der seit Monaten anhaltenden Krise in der nahen Zukunft nicht erwartet werden könne. Die Flauheit im Handelsverkehr und besonders im Bankwesen werde noch geraume Zeit anhalten und man könne erst dann auf eine langsame Rückkehr zu normalen Verhältnissen rechnen, bis die Reparationsfrage endgültig gelöst sein werde. Die Diskontogesellschaft tritt für den Dawes-Plan ein, der nach ihrer Ansicht die wirtschaftliche Souveränität im besetzten Gebiet wiederherstellen werde. Damit werde ein bedeutender Schritt in der Richtung zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gemacht sein. Die Krisis ist nach der Darlegung des Berichtes für das Geschäftsleben Deutschlands nur vorteilhaft, da sie mit den während der Geldverwässerung entstandenen Unternehmungen gründlich aufräume und daher als ein zur Klärung der Lage unbedingt notwendiger Reinigungsprozeß anzusehen sei. Die überschüssigen Betriebe im Handel müssen abgestoßen werden. In den Produktionszweigen sei die ungesunde Entwicklung weniger wahrnehmbar. Die vielen Bankerotte, die insbesondere das Bankwesen betreffen, brauche man nicht zu beklagen, denn nirgend sei das durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigte Aufblühen größer gewesen als dort. Die größten Katastrophen seien noch zu erwarten und auch die Großbanken werden in größtem Maßstabe an Abbau und an Zusammenlegungen denken müssen, wenn wieder gesunde Verhältnisse entstehen sollen. Es seien viel zu viel Handelsunternehmungen vorhanden, was durch die Vermehrung der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in den letzten zwei Jahren bewiesen sei. Im Jahre 1913 zählte man im Deutschen Reich 5486 Aktiengesellschaften und 26,790 Gesellschaften m. b. H., davon waren 835 Handelsgewerbe und 9409 Banken. Im Jahre 1923 waren es 16,472 Aktiengesellschaften, 74,576 Gesellschaften m. b. H., davon 4,629 Handelsgewerbe und 31,822 Banken.

Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte liegen noch teilweise unter dem Friedensstand, die Kette der Vermittler vom Produzenten zum Verbraucher treibt sie aber bis zu rund 50% darüber hinaus. Eine allgemeine Preisherabsetzung würde die Krise erst recht sichtbar machen. Früher brachten ähnliche Lagen wie die heutige stets ein Herabgehen der Preise, ein Unterbieten durch eine gesunde Konkurrenz. Jetzt ist diese Lage hauptsächlich wegen des Fehlens von flüssigem Kapital umgekehrt. Am nachteiligsten wirkt sich das am Geldmarkt aus, wo die übergroße Zahl der engverbundenen Kreditgeber nicht die letzte Schuld an den hohen Zinssätzen trage. Eine Verschärfung der Krise oder weitere Zusammenbrüche brauchten daher nicht unbedingt als eine Verschlechterung der deutschen Wirtschaftsfrage angesehen werden. Was gesund ist im deutschen Handels- und Bankwesen werde bestehen bleiben und umso besser gedeihen, wenn das Unkraut ausgejätet ist. Die Richtigkeit dieser Auffassung gehe schon daraus hervor, daß nicht eine einzige starke industrielle Unternehmung aus der Friedenszeit im unbesetzten Deutschland von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Während in der deutschen Wirtschaft eine Krise herrscht, hat es die kluge Politik der Regierung Marx verstanden, durch strenge Sparsamkeit und Anspannung aller Steuerkräfte die Reichsfinanzen zu ordnen. Nach einem soeben veröffentlichten Ausweise betrugen die Reichseinnahmen vom 1. Januar d. J. bis zum 20. Mai 2,499,000,000 Goldmark, denen Auslagen von 2,128,000,000 Goldmark gegenüberstehen, so daß sich ein Ueberschuß von 371,000,000 Goldmark ergibt.

Der gemischte Ausschuß von Vertretern der Entente und des Deutschen Reiches, der mit den Vorarbeiten zur Gründung der im Dawes Plan vorgesehenen deutschen Reichs-Eisenbahngesellschaft beauftragt ist, hat in Paris den ersten Teil seiner Arbeit, die Prüfung der Bahnfinanzen und Verwaltungsbestimmungen, abgeschlossen, und wird in einiger Zeit die Arbeit in Berlin fortsetzen. Wie verlautet, ist der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf im Wesentlichen gutgeheißen worden.

Deutschland erhob beim Völkerbund Protest gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saartal. Der Versailler Vertrag gibt Frankreich in diesem deutschen Kohlengebiet nur das Recht der Ausbeutung der Bergwerke auf 15 Jahre.

Frankreich.

Das große Reinemachen in Paris wird von den zur Macht gekommenen Radikalen und Sozialisten gründlich besorgt. Wie im letzten Courier kurz mitgeteilt, hat Präsident Millerand ein Kabinett Francois Marsal berufen. Aber es war nur eine Eintagsfliege. Denn die Linke machte kurzen Prozeß mit diesen Millerand-Leuten und schickte sie heim. Die betreffende Resolution lautete: „Die Abgeordnetenkammer ist entschlossen, mit keinem Ministerium, das in seiner Zusammensetzung eine Vereinigung der Rechten des Parlaments ist, in Verbindung zu treten. Sie weigert sich der verfassungswidrigen Debatte, zu der sie eingeladen wurde, zuzustimmen und beschließt, alle Verhandlungen bis zu dem Tage zu verschieben, da eine in Uebereinstimmung mit dem souveränen Willen des Landes konstituierte Regierung vor ihr erscheinen wird." Der Antrag wurde von der Kammer mit 339 gegen 214 Stimmen angenommen. Im Senat wurde ein Antrag, über die Präsidentschaftskrisis ein Anfrage zu stellen, mit 154 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Damit war in beiden Häusern die Niederlage der Regierung und des Präsidenten erschienen. Mit dem Entschluß, sofort zu resignieren, hat Millerand die siegreiche Linke in die Verlegenheit gebracht, innerhalb 48 Stunden sich für einen der beiden Rivalen für die Präsidentschaftsnomination zu entscheiden, nämlich für den Präsidenten des Senats: Doumergue, oder für den Präsidenten der Kammer: Painleve.

Die Linke entschied sich für Doumergue, der schon mehrere Ministerposten begleitet und im öffentlichen Leben manch wichtige Rolle gespielt hat. Doumergue beauftragte nun Herriot, die neue Regierung zu bilden.

Edouard Herriot ersuchte auf einem Luncheon des anglo-amerikanischen Presseverbandes von Paris in einer längeren Rede um die britische und amerikanische Mitwirkung und um das Wohlwollen der beiden Länder, so daß ihm dadurch die Leitung der neuen Regierung erleichtert werde. Auch die Presse der beiden Länder ging er an, ihn zu unterstützen und dem lesenden Publikum zu versichern, daß ich durchaus kein Anarchist, nicht einmal ein Kommunist bin; radikaler Sozialist ist nicht, was gewöhnlich darunter verstanden wird, ist vielmehr nur gleichbedeutend mit dem Ausdruck Demokrat. Ich weiß, es gibt viele Demokraten in Ihren beiden Ländern, die gerade wie ich denken, daß wir für den Frieden zu arbeiten haben. Wir wollen für die Erhaltung der Völkerlige, des Internationalen Arbeiterbüros, den Weltgerichtshof und das Haager Tribunal einstehen. Ich ersuche um Ihre tätige Unterstützung und die Unterstützung der Demokraten der angelsächsischen Länder in dem Bestreben der französischen Demokraten für Herstellung des Friedens in ganz Europa. Ich weiß, daß der Friede nicht durch Entschließungen und Kongresse geschaffen werden kann, die Hauptsache aber ist, daß wir den Frieden heiß und anhaltend herbeiwünschen. Was immer kommen sollte, ich wünsche direkt und offen zu sein, werde auf angelsächsischen Richtlinien arbeiten und beabsichtige, die öffentlichen Geschäfte mit der gleichen Ehrlichkeit und Moralität zu betreiben, wie meine privaten." Herriot drang in die Zeitungsleute, mit ihm ebenso offen zu sein, wie er mit ihnen. „Wenn sich eine neue Frage aufwirft," fuhr er fort, „suchen Sie mich auf oder wenden Sie sich an die Persönlichkeiten, die ich mit der Auslegung unserer Politik betraut habe, ehe Sie Ihre Nachrichten aussenden. Ich bedarf Ihrer Hilfe und der Ihrer beiden großen Demokraten in der Aufgabe, die meiner wartet. Keine Gefahr, wir werden durch unsere Macht nicht übermütig werden. Das kann nur bei Schwachköpfen vorkommen." Des längeren verbreitete sich Herriot über die Balanzierung des Budgets und erklärte in dieser Beziehung, seine erste große Aufgabe werde die Stabilisierung der Finanzen Frankreichs sein.

Belgien.

Die belgische Regierung hat die Freilassung von 50 deutschen politischen Gefangenen, die wegen Vergehen in der Ruhr verurteilt wurden, verfügt. Durch das Vorgehen soll die Spannung in der Ruhr gelindert und der deutschen Regierung die Annahme des Dawes Entschädigungsberichts erleichtert werden. Nur Leute, welche der Zerstörung von Eigentum schuldig befunden wurden, bleiben weiter in Haft.

Ungarn.

Die frühere Kaiserin Zita von Oesterreich-Ungarn scheint wiederum in finanziellen Schwierigkeiten zu sein. Graf Julius Andrassy, der ehemalige Premier und persönlicher Freund der Habsburger Familie, ist nach Lequeitio, Spanien, abgereist, um die Pfingstfeiertage bei der verbannten Kaiserin zuzubringen und dort mit anderen ungarischen Adeligen zwecks Beratung über Zitas Finanzlage zusammenzutreffen. Der Haushalt der Ex-Kaiserin in Lequeitio kostet $5000 monatlich und die Unterstützungsgelder von König Alfons und anderen Verwandten scheinen in letzter Zeit ausgeblieben zu sein. Die ungarischen Grafen Zichy, Karolyi und Cziraky, die sich jetzt in Lequeitio befinden, werden mit Graf Andrassy Mittel und Wege besprechen, um die vom Staate beschlagnahmten königlichen Güter in Ungarn zur Zahlung der Haushaltungskosten Zitas heranzuziehen. Die Finanzkontrolle Ungarns unter dem von der Völkerliga bestellten Kommissär Jeremiah Smith von Boston bildet ein neues Hindernis gegen die Anerkennung der Rechte auf die ungarischen Krongüter.

Jugoslavien.

Depeschen melden ein heftiges Erdbeben auf dem Balkan, besonders in der Gegend von Bosnien und der Herzegowina. Häuser stürzten ein, einige Unglücksfälle sind berichtet. Mostar, Herzegowina, scheint der Mittelpunkt der Störung zu sein.

Rußland.

Ein heftiger Orkan mit wirbelsturmartigen Erscheinungen führte zu einer Ueberflutung weiter Distrikte durch den Ladogasee bei Leningrad (dem früheren Petrograd). Der Eigentumsschaden ist ganz bedeutend und eine ganze Anzahl Personen kamen in den Fluten um. In den Distrikten von Pascha und Schumsky entwickelte sich der Sturm mit einer so plötzlichen Heftigkeit, daß die auf den Feldern arbeitende Bevölkerung nicht einmal die Zeit hatte, Schutz in ihren Häusern zu finden. Obwohl sie beim ersten Anzeichen des Sturmes flohen, wurden sie von den heranbrausenden Fluten eingeholt und viele von ihnen ertranken. Tausende, welche in der Sturmflut ihre Häuser verloren, leben auf Flößen und Booten. Auch in einigen Distrikten der Ukraine ereigneten sich schwere Hagelstürme. Im übrigen hofft man, daß die schweren Regenfälle der letzten Zeit die Ernteaussichten günstiger gestalten als ursprünglich für die Ukraine und die Don-Ebene erwartet worden war.

Zweiunddreißig Proben des feinsten Marmors von den Marmorbrüchen am Onega-See wurden nach Moskau gebracht, um dort dem Sonderausschuß vorgelegt zu werden, der über den Entwurf eines Mausoleums für Nikolai Lenin, den verstorbenen Sowjet-Staatsmann, auf dem „Roten Platz" entscheiden wird. Zur Zeit erwägt der Ausschuß einen Vorschlag, demzufolge der seltenste und kostbarste rote Porphyr für das Denkmal verwendet werden soll. Die besten Architekten und Bildhauer Rußlands werden ersucht, Entwürfe für das Mausoleum vorzulegen, welches den gegenwärtigen Holzbau vor dem Kremlin ersetzen soll. Einige Mitglieder des Ausschusses erklärten sich für ein Denkmal großen Stils, wie etwa das Grant-Monument in New York. Andere wiederum empfehlen die Errichtung eines einfacheren Monumentes, welches der Einfachheit von Lenins Lebensführung entspreche. Die erneute Einbalsamierung der Leiche des Revolutionsführers wird fortgesetzt, da sich vor einiger Zeit Spuren der Zersetzung zeigten. Man hofft, diese Arbeit bis zum 1. Juli zu beenden. Das Grab soll dann wieder der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Eine „Bourgeois"-Regierung könnte die Leiche eines Monarchen wohl kaum mehr ehren als die Bolschewiken ihren toten Lenin. Also auch in dieser Hinsicht springt die Katze auf ihre alten Füße, das heißt die Sowjetherrscher treten in die Fußstapfen ihrer zaristischen Vorgänger ein.

China

Eine Verständigung über vorliegende Streitfragen zwischen Deutschland und China ist unterzeichnet worden. Ein Einspruch des Senats des chinesischen Parlaments wurde von der Regierung unbeachtet gelassen und die Verhandlungen führten zu einem Uebereinkommen. Der chinesische Finanzminister und ein Vertreter der Deutsch-asiatischen Bank führten die Verhandlungen. Der wichtigste Punkt der Abmachung ist die Wiederaufnahme von Zahlungen auf deutsche Darlehen im Betrage von $2,230,000.

Südafrika.

Farmhäuser im Busch in der Nähe der rhodesischen Grenze befinden sich durch die Angriffe von Löwen in einem Belagerungszustand. Die Tiere kommen bei Tag aus dem Dschungel und schleppen viele Farmtiere weg. Auch Eingeborene, welche auf den Farmen arbeiten, wurden angefallen und verschiedene getötet. Die Löwen sind oft von Leoparden begleitet und erscheinen in solcher Zahl, daß die Ansiedler nur in großen Gruppen ausgehen können und ihre Familien und das Vieh unablässig bewachen müssen. Die Gattin eines Bahnangestellten schildert ein aufregendes Abenteuer. Frau McLean verließ ihr Heim in Garuso auf einem Zweirad, um Nachbarn zu besuchen. An einem Fluß sah sie zwei große Löwen am Ufer. Sie war so nahe, daß sie nicht zurück konnte und um ihr Leben zu kämpfen beschloß. Beim ersten Schuß liefen die Tiere aber davon. Kurz darauf stieß sie auf einen großen Leoparden, der einen Ochsen fraß. Auch der Leopard entfernte sich hastig, schlich der Frau aber eine Zeit lang nach. Nach Ankunft auf der Farm hörte sie, daß das Anwesen mehrere Wochen hindurch von den Tieren angegriffen wurde und viel Vieh verloren war. Am nächsten Tage brachten ein Nachbar und zehn Eingeborene die Frau nach ihrem Heim zurück. Ihre Rettung verdankt sie wahrscheinlich dem Umstand, daß die Tiere durch Ochsen übersättigt waren.

Ver. Staaten.

Calvin Coolidge wurde von der republikanischen Nationalkonvention in Cleveland nahezu einstimmig für die Präsidentschaft nominiert. Die Stimmen der kleinen Gruppe von La Follette Anhängern aus Wisconsin und Nord-Dakota, welche die Politik der Parteiführer bekämpft, gingen in der gewaltigen Beifallswoge fast verloren, wodurch Coolidge's Auswahl zum Bannerträger der Partei formell bestätigt wurde. Dr. Marion Leroy Butler aus Michigan unterbreitete den Namen des Präsidenten der Versammlung. Die versammelten Delegierten veranstalteten dann eine Kundgebung nach altem Stil und als die Abstimmung begann, nahm Staat um Staat seine Stelle in der Reihe der Coolidge Anhänger. Der Aufruf der Staaten war kaum zur Hälfte vorüber, als die nötige Nominationsmehrheit zugunsten von Coolidge vorhanden war. Die Wisconsin Delegation beschloß nicht blos für La Fallette als Kandidat für die Präsidentschaft zu stimmen, sondern auch für Senator Norris als Vizepräsident. Sie hält keine Nominationsreden, ihre Stimmen sollen lediglich gegen die Pläne der regulären Republikaner protestieren.

Zehntausend amerikanische Indianer hielten in Tulsa, Okla., ihre erste nationale Zusammenkunft. Rote Männer aus den Bergen von Wyoming und den Ebenen von Neu Mexiko mengten sich mit den reichen Osages. Die durch Oel reich gewordenen Osages kamen in teueren Limousinen. Sie waren modisch gekleidet im Gegensatz zu den ärmeren Vettern in Stammestracht.

Ein Mörder von 40 Kindern

Ein bestialischer Bolschewik.

Rußland, in dem in den letzten Jahren schon so viel Blut vergossen worden ist, hat nun eine eigene Mordsensation. Wie Frankreich und Deutschland ihren Landru hatten, so hat nun Rußland seinen Landru, er übertrifft aber an Zahl der Ermordeten und an der Bestialität der Ausführung den der beiden anderen Länder. Nikolai Zukor, ein früheres Mitglied der Cheka und ein Trainierer von Polizeihunden, ist auf die Anschuldigung hin, vierzig Morde auf dem Gewissen zu haben, von der Polizei verhaftet worden. Seine Opfer waren Kinder. Zukor benutzte die Not der hungernden Bauern zur Ausführung seiner Mordtaten. Er bewog die Eltern, ihm ihre Kinder, besonders die Mädchen, zu überlassen und versprach, daß er sie dort hinbringen würde, wo sie wohl verpflegt würden. Darauf verschwanden die Kinder. Wenn die Eltern sich nach denselben erkundigten und dieselben sehen wollten, sagte er, die Familien, welche sie angenommen hätten, seien nach einer unbekannten Gegend verzogen. Die Eltern von zweien der Kinder, die gekommen waren, um diese zu sehen, sahen deren Kleider in dem Zimmer Zukors hängen. Sie berichteten dies der Polizei, die eine Untersuchung anstellte. Diese fand die Leichen von 18 Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren in einem Zimmer und die Ueberreste von sieben Knaben im Garten vergraben. Ein Vorverhör, welches mit Zukor angestellt wurde, brachte zu Tage, daß Zukor seit Juni des vergangenen Jahres vierzig Kinder ermordet hatte.

— Von Dummköpfen bewundert zu werden, ist noch kein Grund, an sich zu verzweifeln. Man hüte sich nur, die Bewunderer für keine Dummköpfe zu halten. Heinz Scherpf.

— Der wahre Wohltäter erweist nicht die Wohltaten, die er an der Stelle des anderen am liebsten empfinge, sondern die den anderen am tiefsten beglücken. Otto Berle, Gedanken.

— Traue keinem, der in der geringsten Kleinigkeit seine Ehre im Stiche läßt, und einer solchen Frau noch weniger. Jean Paul.

— Irrtümer in der Kabinettspolitik der großen Mächte strafen sich nicht sofort, aber unschädlich sind sie nie. Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als unsere Oberrechenkammer. Bismarck.